



Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Dienstag, 30.04.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Beantwortung des Antrags der CDU-Fraktion "Parksituation im Gebiet Grünbühl Living und Folgerungen für andere Bereiche der Stadt"	Vorl.Nr. 116/24
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er ruft Tagesordnungspunkt 1 auf. Die Anfrage 211/23 der CDU-Fraktion werde heute beantwortet.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität erläutert die Stellungnahme der Verwaltung zu den Fragen des Antrags anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift).

Stadtrat **Herrmann** stellt als Fragensteller die Intention der Anfrage vor. Die Realität sehe oft anders als die verwaltungsmäßige Betrachtung aus. Es werde aus allen Stadtteilen ein hoher Parkdruck gemeldet. Die Wirklichkeit stimme oft mit der Theorie der Planungen nicht überein. Es solle niemand gezwungen werden, auf sein Auto zu verzichten und der motorisierte Individualverkehr müsse weiterhin ermöglicht werden. Gleichzeitig ist es wichtig, dass der ÖPNV ausgebaut wird.

Stadträtin **Dr. Knoß** zufolge erhält ihre Fraktion auch Rückmeldungen aus der Bevölkerung, die in eine andere Richtung gehen. Vielfach seien in Tiefgaragen und Parkhäuser freie Plätze und es werde dann ein hoher Parkdruck beklagt. Das sei nicht logisch. Auch bei der Einrichtung von, wie von der CDU vorgeschlagen, Quartiersgaragen müssten die Kosten hierfür auf Mieter und Käufer umgelegt werden. Eine sinnvolle Alternative sei der Ausbau von Carsharing, was leicht möglich wäre.

Jedes Gebiet in der Stadt habe andere Anforderungen ans Parken, meint Stadtrat **Zeltwanger**. In Grünbühl-Sonnenberg würden in die neuen Wohnungen viele Familien einziehen anstatt älterer Menschen. Die Tiefgaragen dort sollten auch an Menschen neben den Neubauten vermietet werden können. Es sei notwendig, dass der ÖPNV zuverlässig sei und damit auch Menschen zum Umstieg motiviert werden. Für das Schloss/Blühende Barock soll das Land zusätzliche Parkplätze bereitstellen.

Egal wo, so die Rückmeldung von den Menschen, es seien immer zu wenig Parkplätze vorhanden, sagt Stadträtin **Liepins**. Es sollten überall Besucherparkplätze

ausgewiesen werden. Die Zahlen in Grünbühl-Sonnenberg hält sie für nicht aussagekräftig. Dort müsse die Entwicklung des Parkdrucks abgewartet werden. In der Oststadt sei vor dem Stadion von der Verwaltung eine Verbesserung zugesagt worden.

Stadtrat **Müller** führt aus, dass die von der CDU geforderte Wahlfreiheit viel Geld und Fläche kosten würde. Meistens gebe es die Parkplätze auf Kosten von Grünflächen. Die Mobilitätskonzepte würden immer noch zu sehr das Auto berücksichtigen. Dagegen müssten andere Angebote ausgebaut und zuverlässig gemacht werden. Insgesamt müsste eine andere Stadtentwicklung gedacht werden.

BM **Mannl** erläutert, dass die Stadt versuche, durch die Einrichtung von Parkraumbewirtschaftung eine Lenkung der Parkierung zu erreichen. Eine Parkraumbewirtschaftung kann durch Parkautomaten oder auch nur durch Parkscheiben erfolgen. Wichtig sei auch, dass nicht für Ausnahmesituationen die maximale Anzahl an Parkplätzen hergestellt werde. Im Gebiet Fuchshof werden zusätzliche Parkplätze für Besucher eingerichtet. Die Stimmen für einen starken ÖPNV seien angekommen.

Mit der Behandlung des Tagesordnungspunkts ist der Antrag 211/23 erledigt, stellt BM **Mannl** abschließend fest.

Beratungsverlauf:

Siehe unter TOP 1.

Abweichende Beschlussempfehlung:

1. Der vorgestellten Planung für die Weichsel-, Warthe- und Pregelstraße sowie einen Teilabschnitt der Elbe- und Neißestraße (s. Anlage ~~3~~, 4, 5, 6) wird zugestimmt.
2. Die Gesamtkosten in Höhe von ca. 1.640.000 € werden unter Berücksichtigung der Städtebauförderung und des Anteils der Wohnungsbau Ludwigsburg (WBL) genehmigt.
3. Im Rahmen des Stadterneuerungsverfahrens Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe wird die Verwaltung ergänzend zum Beschlussvorschlag Nr. 3 der VL288/23 ermächtigt, die Förderung weiterer Teilflächen sowie der Warthestraße und ein Teilstück der Elbestraße im Neubaugebiet Grünbühl.living in den bereits genehmigten Ordnungsmaßnahmenvertrag aufzunehmen. Dafür dürfen insgesamt Städtebaufördermittel in Höhe von bis zu 911.250 € aus dem Bundes-Länder-Programm Sozialer Zusammenhalt eingesetzt werden, so dass sich die maximale Zuwendung (Gesamtförderrahmen) auf bis zu 1.518.750 € beläuft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Empfehlungsbeschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht einer **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Insbesondere geht sie auf die Gehwegbreiten in der Neißestraße ein, für die zwei Alternativplanungen erstellt wurden. Die Verwaltung empfehle die Ausführung mit einer Gehwegbreite von 2,5 m (s. Anlage 3) aufgrund der benachbarten Kita und der Schule. Die Mitarbeiterin geht auf die Finanzierung ein.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** findet die Planung gut. Die Bewohner werden sich freuen, dass das Auto im Stadtteil nicht dominiert. Mischfläche bedeute gegenseitige Rücksichtnahme, was die Geschwindigkeit reduzieren werde. Das Mobilitätsverhalten werde sich weiter verändern, dies sei auch bspw. an der Hartenecker Höhe merkbar, wo Bewohner ihr Auto abgeben würden.

Die Situation für die Vermarktung der Wohnungen sei schwierig für die Wohnungsbau Ludwigsburg (WBL), meint Stadtrat **Klotz**. Seine Fraktion könne mit beiden Varianten der Neißestraße leben, präferiert aber die Lösung mit 2 m Gehwegbreite, bei der 10 Stellplätze entlang der Straße seien. Er fragt, ob ein Elternhalt an der Kita geplant sei und was passiere, wenn der Parkdruck sich erhöht.

Stadtrat **Zeltwanger** freut sich, dass die Umgestaltung von Grünbühl-Sonnenberg weitergehe. Das neue Quartier werde durch die unterschiedliche Struktur differenziert und dadurch attraktiv. Durch die Mischzonen sei ein schmalerer Gehweg möglich, daher sei er für die Variante Gehwegbreite 2 m. Die weitere Planung unterstützt er.

Stadträtin **Liepins** fragt nach der Anzahl der öffentlichen Stellplätze im Endausbauzustand. In der Elbestraße sei immer am Straßenrand geparkt worden, diese Stellplätze werden jetzt wohl fehlen. Sie befürwortet die Planung mit 2 m Gehwegbreite in der Neißestraße. Auch auf der Wendeplatte sei jahrzehntelang geparkt worden; dies sei wie in der Elbestraße zwar unerlaubt gewesen, aber wo sollen diese Autos der Kleingartenanlage und des Vereinsheims jetzt parken, fragt Stadträtin Liepins.

Es entstehe ein attraktives Wohngebiet, so Stadtrat **Müller**. Er fragt nach der Straßenklassifizierung der Elbestraße und nach der Kostenbeteiligung der WBL.

Die **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität erklärt, dass Mischfläche bedeute, dass es ein Niveau als verkehrsberuhigten Bereich gebe, in dem die Stellplätze wechselseitig oder einseitig markiert werden. Der private Stellplatzschlüssel erhöhe sich, der öffentliche erniedrige sich dadurch. Einen Elternhalt an der Kita sei bereits vorhanden. Wichtig seien die Feuerwehruzufahrten in der Elbestraße. Wegen der Feuerwehraufstellfläche auf öffentlicher Fläche in der Neißestraße beteilige sich die WBL an den Kosten.

Die **Stadtteilbeauftragte** des Stadtteils ergänzt, dass nur Bewohner von Grünbühl Pächter der dortigen Kleingärten seien. Die Schulhoffläche sei außerhalb der Schulzeiten als Parkfläche freigegeben.

Auf die Bemerkung von Stadtrat **Herrmann**, dass faktisch die Anzahl der Stellplätze verringert werde, entgegnet BM **Mannl**, dass insgesamt die Zahl von privaten und öffentlichen Stellplätzen höher liegen werde als aktuell.

Nach der Aussprache stellt BM **Mannl** zunächst die erste vorgestellte Alternative mit einer Gehwegbreite der Neißestraße von 2,5 m (Anlage 3) zur Abstimmung.

Dieser Beschluss erfolgt offen.

Dieser Beschluss wird mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht.

Daraufhin stellt BM **Manni** die zweite vorgestellte Alternative mit einer Gehwegbreite der Neißestraße von 2,0 m (Anlage 4) und den restlichen Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis s. oben.

Beschluss:

Nach erfolgreichem Abschluss der versuchsweisen Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Sternkreuzung werden die Planungen für einen dauerhaften Kreisverkehr bis zur Entwurfsplanung unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte fortgeführt:

- Die Fußgängerunterführung unter der Schorndorfer Straße wird nicht saniert und stattdessen verfüllt und zurückgebaut.
- Für den Radverkehr wird eine separate Wegeführung („Radring“) vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht

Beratungsverlauf:

BM **Manni** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf. Die Erkenntnisse aus dem Verkehrsversuch des Kreisverkehrs Sternkreuzung sollen nun als Eckpunkte für die weitere Planung beschlossen werden.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität erläutert die Eckpunkte anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Sie zeigt die Ergebnisse

des Verkehrsversuchs und die daraus abgeleiteten Eckpunkte. Simulationen würden zeigen, dass der Kreisverkehr und besonders die Radführung auch funktionieren würden. Es sei nötig, viele Rahmenbedingungen und Regelungen einzuhalten und man habe einen guten Vorschlag vorbereitet. Insbesondere geht sie auf die Planungen bzgl. der Unterführung unter der Schorndorfer Straße ein und erläutert, dass für den Rückbau Fördermittel beantragt werden, die aber an die Einrichtung des separaten Radrings gebunden seien.

Stadträtin **Dr. Knoß** zufolge fließe der Verkehr durch den Kreisverkehr. Es sei aufgezeigt worden, dass der Umbau der Unterführung für den Radverkehr nicht möglich sei. Aus diesen Gründen und auch unter dem Aspekt der Einsparung könne sie den Eckpunkten so zustimmen.

Aus Sicht von Stadtrat **Klotz** sei es nicht die optimale Lösung. Er hat Bedenken wegen einer Überforderung der Autofahrer und Radfahrer, auf die anderen Verkehrsteilnehmer Rücksicht zu nehmen. Die CDU-Fraktion könne trotzdem schweren Herzens zustimmen. Er fragt, ob die Schlange versetzt werden müsse.

Stadtrat **Zeltwanger** erinnert, dass die Freien Wähler den Antrag zum Kreisverkehr gestellt hätten. Es sei eine gute Lösung erarbeitet worden, die auch der CO₂-Verringerung dienen könne. Es habe sich gezeigt, dass die verschiedenen Verkehrsarten gut miteinander kommunizierten. Für den Busverkehr gebe es noch Verbesserungsbedarf. Die Ampeln auf der südlich anschließenden Stuttgarter Straße sollten in den Verkehrsversuch einbezogen werden. Er sei insgesamt froh, dass es sich an der Kreuzung in diese Richtung entwickelt habe. Er schlägt eine separate Busspur aus dem Norden in Richtung Wilhelmstraße vor. Die Fußgängerüberwege sollten vom Kreisverkehr abgerückt werden.

Stadtrat **Maier** dankt für die Vorstellung der sinnvollen Planung. Die neue Verkehrsführung beruhige den Verkehr und sei übersichtlich für Fahrradfahrer. Die separate Spur verleite Radler zu schnellerem Fahren, befürchtet er. Die Radführung an der Ostseite sei für ihn noch nicht schlüssig. Es seien noch einige Fragen bei der Planung offen. Den Eckpunkten könne er zustimmen.

Der Verkehr fließe im Kreisverkehr besser als mit Ampeln, so Stadtrat **Müller**. Ein Radfahrer nach Süden müsse zwei Mal die Radler nach Norden kreuzen, dies sei nicht optimal. Er sei gespannt auf die Entwurfsplanung und könne den Eckpunkten zustimmen.

BM **Mannl** zufolge sei die Simulation mit umfangreichen Daten untermauert, in ihr werde auch ein Fehlverhalten von Verkehrsteilnehmern angenommen. Es habe sich erwiesen, dass die Theorie schlechtere Vermutungen annehme als die Praxis gezeigt habe.

Die **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität beantwortet die Fragen. Der Abgang zur Trafostation werde anders positioniert. Die Schlange müsse für den Kreisverkehr mit neuem Fundament versetzt werden, dies werde gefördert. Die Radführung müsse sicherheitsmäßig bevorrechtigt sein, eine gute Sichtbarkeit sei

Kreisverkehr "Sternkreuzung" - Beschluss von Eckpunkten für die Planung

wichtig. Ein weiteres Abrücken der Fußgängerüberwege vom Kreisverkehr sei nicht regelkonform.

Die Unterführung werde fachmännisch verfüllt, so die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen. Sie rechne mit der Fertigstellung der Entwurfsplanung nach dem Sommer 2024.

BM **Mannl** lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

TOP 4	Umgestaltung Richard-Wagner-Straße zw. Hohenzollernstraße und Stuttgarter Straße - Ergänzung	Vorl.Nr. 123/24
-------	--	-----------------

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Alternative Fahrradstraße mit Einrichtung einer Einbahnstraße für den Kfz-Verkehr in Richtung Hohenzollernstraße bis zur Entwurfsplanung (LP 3) zu planen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Herrmann
Stadträtin Knecht

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** ruft Tagesordnungspunkt 4 auf. Die Umgestaltung der Richard-Wagner-Straße sei ursprünglich anders geplant gewesen und werde jetzt aufgrund der Rückmeldungen aus dem Gremium in veränderter Form wieder vorgestellt.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität erläutert die Umplanungen und die Ziele der Planungen als Fahrradstraße anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift).

Stadträtin **Dr. Knoß** seien die Zufahrten unter den Bäumen an der Südseite geprüft worden. Die Fraktion der Grünen sei nicht gegen Fahrradstraßen, im Gegenteil. In der Richard-Wagner-Straße befürwortet sie hingegen die Planung mit baulich getrenntem Radweg. Dieser sei dort sicherer und besser, weil bei Fahrradgegenverkehr die Straße zu schmal sei. Es sei erfreulich, dass die Straße saniert werde, noch dazu mit hoher Förderung.

Stadtrat **Klotz** sieht die Planung als Fahrradstraße als Favorit an. Es sei eine gute Gestaltung, mehr Stellplätze seien möglich und der Radverkehr werde gut geführt. Auch die Kosten werden eingehalten. Die Umkehrmöglichkeit an der Stuttgarter Straße sei sinnvoll und möglich. Flankierende Maßnahmen, wie die Ampelschaltung an der Friedrichstraße sollten geprüft werden. Er könne dieser Planung zustimmen.

Er sei für die Fahrradstraße, so Stadtrat **Raasch**. Der Verkehr werde sich mit der Einbahnregelung weiter verringern. Die Einrichtung einer Anwohnerstraße in der Hohenstaufenstraße sollte geprüft werden. Der Wegfall der drei Stellplätze in der Friedrichstraße sei verkraftbar. Er hoffe auf ein Miteinander der verschiedenen Verkehrsträger. Die Umsetzung des U-Turn an der Stuttgarter Straße könne noch geschoben werden.

Stadträtin **Liepins** ist für die Fahrradstraße, diese sei eine gute Lösung. Für die Anwohner seien Parkplätze vorhanden. Sie bittet um Einrichtung einer Ladestation für E-Autos.

Stadtrat **Müller** zufolge werde in heutiger Sitzung noch nicht endgültig entschieden, sondern lediglich Zustimmung zum Planungsauftrag für die Fahrradstraße gegeben. Er werde sich die Entwurfsplanung dann genau anschauen.

BM **Mannl** pflichtet bei, dass die Entwurfsplanung mit heutigem Beschluss beauftragt werde und dass die Haltung der Fraktionen deutlich wurde.

Die Anregung von Stadträtin **Dr. Knoß**, dass verhindert werden soll, vor den Bäumen zu parken, werde mitgenommen, so der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität.

Stadträtin **Dr. Knoß** erklärt zu ihrem Abstimmungsverhalten, dass sie der Prüfung der Fahrradstraße zustimmen werde, danach werde über die Ausführung entschieden. Der Prüfung wolle sie als Förderung des Radverkehrs in der Stadt zustimmen.

BM **Mannl** lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

TOP 5

Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher
Sitzung gefassten Beschlusses

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** informiert, dass der Mobilitäts- und Umweltausschuss in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 18.04.2024 im Tagesordnungspunkt „Billigungsbeschluss Teilnahme ‚Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus‘“ folgenden einstimmigen Beschluss gefasst hat:

„Die Teilnahme am Förderprogramm wird gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Installation des Platzes der Kinderechte bei dem zweiphasigen Auswahlverfahren des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) einzureichen.“

Das Gremium nimmt davon Kenntnis.

BM **Mannl** schließt daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 6

TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung
Ludwigsburg

Beratungsverlauf:

Siehe gesonderte Niederschrift des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg am 30.04.2024.